

Euro-Krise: CDU-Politiker fordern Mitgliederbefragung

BERLIN. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch hat sich für eine Mitgliederbefragung in seiner Partei zum Euro-Rettungsschirm ausgesprochen. Er prüfe derzeit entsprechende Möglichkeiten, sagte Willsch der JUNGEN FREIHEIT. „Aber bei der Union ist das nicht so einfach umsetzbar wie bei der FDP. Dafür braucht man ein Drittel der CDU-Landesverbände und eine absolute Mehrheit im CDU-Bundesvorstand. Das sehe ich noch in weiter Ferne.“

Sympathien für eine Mitgliederbefragung zeigte auch der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Kolbe. „Ich hätte nichts gegen ein solches Vorgehen. Im Gegenteil, eine Befragung der Basis in dieser Angelegenheit wäre durchaus wünschenswert“, sagte Kolbe der JF. Willsch und Kolbe wollen bei der Abstimmung über die Ausweitung des Rettungsschirms für Griechenland Ende September im Bundestag mit Nein stimmen.

Der thüringische CDU-Abgeordnete Christian Hirte hält eine Mitgliederbefragung dagegen nicht für sinnvoll. „Für mich geht es um eine Größenordnung und Tragweite der Entscheidung, dass diese eine ethische Dimension hat. Jeder Abgeordnete ist berufen, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese dann zu vertreten“, erläuterte Hirte gegenüber dieser Zeitung.

Bellmann: EU-Themen nicht auf Mitgliederbefragung reduzieren

Ähnlich sieht dies auch Veronika Bellmann. Sie wolle die Diskussion über EU-Themen nicht nur auf eine Mitgliederbefragung reduzieren, sagte die sächsische CDU-Abgeordnete. „Deshalb habe ich mich mit der Forderung für einen CDU-Sonderparteitag eingesetzt. Der wird zwar nun nicht kommen, aber zumindest konnte erreicht werden, dass auf dem Herbstparteitag der Union die Themen Zukunft der Europäischen Union, Deutschland in der Europäischen Union und so weiter auf der Tagesordnung stehen.“

Mitgliederbefragungen seien zwar wichtig. Allerdings seien Abgeordnete in ihren Entscheidungen nicht an deren Ergebnis gebunden, da die Partei über Mitgliederbefragung kein imperatives Mandat ausüben könne.

Straubinger: „Ich halte nichts von einer solchen Idee“

Ablehnend äußerte sich auch der CSU-Abgeordnete Max Straubinger. „Ich halte nichts von einer solchen Idee. Es ist ein Merkmal der repräsentativen Demokratie, dass die Abgeordneten stellvertretend für ihre Wähler entscheiden“, betonte der CSU-Politiker. Außerdem handle es sich bei der Frage der Euro-Rettung um einen komplizierten Sachverhalt, der sich nicht auf eine einfache Ja- oder Nein-Frage herunterbrechen lasse. Genau dies wäre aber laut Straubinger für eine Mitgliederbefragung notwendig.

Bereits in der vergangenen Woche hatte der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach die Möglichkeit einer Mitgliederbefragung in der Union ins Spiel gebracht. Viele Mitglieder sähen weitere Finanzhilfen für überschuldete Euro-Staaten kritisch. Er rate dem CDU-Bundesvorstand daher, die Vor- und Nachteile einer solchen Befragung zu prüfen, sagte Bosbach dem *Kölner Stadt-Anzeiger*. (krk/mo)

> Das ganze Interview mit Klaus-Peter Willsch erscheint am Freitag in der JUNGEN FREIHEIT (39/11)